

**BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM
FÜR UNTERRICHT UND KULTUS**

Mündliche Anfrage der Abgeordneten Angelika Weikert, SPD

„Nachdem Herr Kultusminister Schneider mir auf meine mündliche Anfrage vom 21. Juni 2006 geantwortet hat, dass die Standortentscheidung für die Beschulung der neuen Ausbildungsberufe Dialog-Marketing noch nicht getroffen wurde, frage ich die Bayerische Staatsregierung, inwieweit wurden die strukturellen Daten - Anzahl der Firmen im unmittelbaren Einzugsbereich, Kompetenzen der Schulen, Stellungnahmen der Verbände - bei der Standortentscheidung für Forchheim und Regen berücksichtigt?“

Antwort:

Die Entscheidung zugunsten der Berufsschulstandorte Forchheim und Regen fiel auf der Grundlage von fachlichen und strukturpolitischen Überlegungen. In einem Gespräch mit Vertretern der ausbildenden Wirtschaft konnte darüber Einvernehmen hergestellt werden, dass für die beiden betroffenen Ausbildungsberufe Servicefachkraft und Kaufmann für Dialogmarketing Kompetenzzentren eingerichtet werden sollen. Um die Möglichkeiten zur Bildung eines Landessprengels mit Vertretern der Wirtschaft zu sondieren, fand am 24.05.2006 im Staatsministerium ein Gespräch statt. Der Berufsschulstandort Forchheim wurde in diesem Gespräch von dem nordbayerischen Sprecher der AG Personal im Verbund Call-Center-Forum genannt. Aufgrund der zu erwartenden Zahl von ca. 190 Auszubildenden in ganz Bayern für das kommende Schuljahr wurden die zwei Berufsschulstandorte festgelegt, um die gewünschte Mehrzügigkeit von Eingangsklassen sicherstellen zu können.

Die fachlichen Profile der beiden Berufsschulen ermöglichen es selbstverständlich, die Auszubildenden in den beiden Berufen zu unterrichten. Bei der Festlegung der beiden Berufsschulstandorte wurde auch der Auftrag des Bayerischen Landtags, die ländlichen Regionen zu stärken, beachtet.

Wenn das Staatsministerium alle Empfehlungen der Kammern und Betriebe zu neuen Standorten für die beiden Berufe sowie die räumliche Verteilung der Ausbildungsbetriebe in Bayern berücksichtigt hätte, hätten mehr als 10 Standorte eingerichtet werden müssen. Die gewünschte Bündelung des Fachwissens an Kompetenzzentren mit mehreren Parallelklassen wäre dadurch nicht mehr möglich gewesen.

Sollte die Zahl der Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren entsprechend der Prognose der Wirtschaft weiter steigen, so sollen ggf. weitere Schulstandorte eingerichtet werden.

München, den 6. Juli 2006